

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 9 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitnahme kostenlos

Berlin, 5. März 1926

Resultat der Wahlen zum Verbandstag in Hamburg.

Die vorgenommenen Hauptwahlen zeigten folgendes Ergebnis. Es wurden abgegeben:

Im 1. Wahlkreis: 1999 gültige, 3 ungültige Stimmen. Davon erhielten: A. Blume, W. Oken, W. Hoffmann, E. Schütte und A. Kitzig je 1019; M. Müller, D. Fröhlich, H. Hegenbari, M. Riedel und P. Fleischer je 930. Gewählt sind: Blume, Oken, Hoffmann, Schütte und Kitzig.

Im 2. Wahlkreis: 235 gültige, 7 ungültige Stimmen. Davon erhielten: W. Bursch 213, H. Galm 233, G. Jung 189, H. Kott 122, Chr. Kreis 51, K. Stegel 38 und W. Berler 58. Gewählt sind: Galm, Bursch, Jung und Kott.

Im 3. Wahlkreis: 548 gültige, 0 ungültige Stimmen. Davon erhielten: W. König 446, H. Schorler 230, A. Wicker 218, und K. Döhler 194. Die absolute Mehrheit beträgt 275 Stimmen. Gewählt ist König. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Schorler und Wicker.

Im 4. Wahlkreis: 389 gültige, 11 ungültige Stimmen. Davon erhielten: P. Paul 238 und S. Koll 140. Gewählt ist Paul.

Im 5. Wahlkreis: — gültige, — ungültige Stimmen. Noch nicht eingegangen.

Im 6. Wahlkreis: 177 gültige, 3 ungültige Stimmen. Davon erhielten: W. Bolter 101, Wehse 93, Krell 20, Schmüder 8 und Büchner 5. Gewählt ist Bolter.

Im 7. Wahlkreis: 478 gültige, 3 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Fröhner 259 und Dajede 219. Gewählt ist Fröhner.

Im 8. Wahlkreis: 118 gültige, 6 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Lippold 115, Kidermann 2 und Müller 1. Gewählt ist Lippold.

Im 9. Wahlkreis: 143 gültige, 3 ungültige Stimmen. Davon erhielten: W. Sülberg 98 und W. Frisch 45. Gewählt ist Sülberg.

Im 10. Wahlkreis: 92 gültige, 0 ungültige Stimmen. Davon erhielten H. Qualmann 92. Gewählt ist Qualmann.

Im 11. Wahlkreis: 286 gültige, 1 ungültige Stimme. Davon erhielten: E. Dannehl in Alfenstein 1, Ebing 27, Gutschlad 19, Königsgard 128 und in Liffitz 1; M. Pietner in Danzig 91; W. Krause in Alfenstein 7 und in Liffitz 12 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 144 Stimmen. Gewählt ist Dannehl.

Im 12. Wahlkreis: 496 gültige, 1 ungültige Stimme. Davon erhielten: W. Krause in Lübeck 6, Barchim 5, Schmelz 20, Stargard 15, Stettin 209, Stolz 14, Stralsund 20, Swinemünde 5 und Wismar 13, zusammen 296; W. Wisner in Elmshorn 5, Flensburg 12, Gütrows 17, Harburg 3, Iphoe 8, Kiel 104, Lübeck 16, Rastorf 20, Schwerin 16 und Wismar 1, zusammen 202 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 250. Gewählt ist Krause.

Im 13. Wahlkreis: 356 gültige, 4 ungültige Stimmen. Davon erhielten: H. Haupt in Bremen 182, Braunschweig 4, Delmenhorst 12, Lüneburg 10, Münster 11 und Osterbrück 25, zusammen 244; R. Lando in Bremen 10, Braunschweig 46 und Wilhelmshaven 2, zusammen 58; S. Janßen in Bremen 1, Oldenburg 9, Barel 14 und Wilhelmshaven 20, zusammen 54 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 179. Gewählt ist Haupt.

Im 14. Wahlkreis: 494 gültige, 1 ungültige Stimme. Davon erhielten: Fr. Giesbert in Düsseldorf 7, Duisburg 45, Essen 172 und Oberhausen 54, zusammen 278; W. Kretz in Dülten-Bieren 10, Düsseldorf 185, Duisburg 5, Essen 2, Krefeld 13 und Oberhausen 1, zusammen 216 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 248. Gewählt ist Giesbert.

Im 15. Wahlkreis: 371 gültige, 2 ungültige Stimmen. Davon erhielten: K. Schäfer in Aachen 89, Bonn 7, Köln 172, Koblenz 12, Kreuznach 10, Köln 10, Saarbrücken 18 und Weiskirchen 26, zusammen 294; K. Hohnerkamp in Bonn 8, Köln 21 und Koblenz 3, zusammen 77 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 188. Gewählt ist Schäfer.

Im 16. Wahlkreis: 324 gültige, 6 ungültige Stimmen. Davon erhielten: K. Greth in Darmstadt 1, Kaiserslautern 9, Mainz 124, Rüsselsheim 46 und Wiesbaden 1, zusammen 181; G. Huber in Darmstadt 92, Mainz 2, Rüsselsheim 2 und Wiesbaden 2, zusammen 98; W. Riedel in Mainz 1 und Wiesbaden 44, zusammen 45 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 163. Gewählt ist Greth.

Im 17. Wahlkreis: 552 gültige, 12 ungültige Stimmen. Davon erhielten: H. Ruffe in Freiburg 10, Heilbronn 9, Heidelberg 8, Karlsruhe 8, Mannheim 201 und Speyer 14, zusammen 251; A. Kolb in Karlsruhe 2 und Ruppelheim

108, zusammen 110; K. Göhlin in Freiburg 10, Göttingen 16, Heilbronn 33, Karlsruhe 1 und Reutlingen 41, zusammen 101; M. Walz in Jahnau 15, Freiburg 1, Konstanz 4 und Reutlingen 2, zusammen 90 Stimmen. Die absolute Mehrheit trägt 277. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Biele und Kolb.

Im 18. Wahlkreis: 571 gültige, 1 ungültige Stimme. Davon erhielten: G. Steinemann in Ansbach 9, Augsburg 20, Bamberg 36, Bayreuth 17, Regensburg 67 und Ulm 205, zusammen 354; G. Ritter in Ansbach 2, Erlangen 163, Regensburg 36 und Regensburg 16, zusammen 217 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 286. Gewählt ist Steinemann.

Im 19. Wahlkreis: 438 gültige, 2 ungültige Stimmen. Davon erhielten: W. Kündner in Jena 2, Meerane 1, Zeitz 210 und Jüdau 12, zusammen 225; W. Eppinghaus in Apolda 12, Oera-N. 27, Jena 6, Meerane 9, Pöhlner 12, Weimar 20, Weissenfels 4, Weidau 22, Zeitz 5 und Jüdau 4, zusammen 121; W. Mufemad in Altenburg 16, Jena 33, Meerane 41, Pöhlner 1 und Zeitz 1, zusammen 92 Stimmen. Die absolute Majorität beträgt 220. Gewählt ist Kündner.

Im 20. Wahlkreis: 561 gültige, 7 ungültige Stimmen. Davon erhielten: A. Braun in Chemnitz 247, Geringswalde 16, Rochlitz 8 und Waldheim 13, zusammen 284; A. Sieber in Freiberg 97 und in Rochlitz 3, zusammen 100; O. Kofel in Bautzen 20, Oberneutirch 54, Rochlitz 1 und in Rittau 15, zusammen 96; E. Bernhard in Chemnitz 81 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 281. Gewählt ist Braun.

Im 21. Wahlkreis: 448 gültige, 8 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Fr. Walter in Beuthen 16, Breslau 9, Görlitz 158, Grünberg 12, Lauban 8, Liegnitz 50 und Riesa 11, zusammen 264; K. Kubok in Breslau 143, Görlitz 2, Grünberg 1, Riesa 4 und Striega 34, zusammen 184 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 225. Gewählt ist Walter.

Im 22. Wahlkreis: 530 gültige, 7 ungültige Stimmen. Davon erhielten: R. Behnte in Beetz 190, Brandenburg 2, Cuben 2, Luckenwalde 9 und Potsdam 11, zusammen 214; R. Beier in Brandenburg 1, Cottbus 18, Dresden 2, Finsterwalde 7, Frankfurt a. d. O. 17, Spandau 99 und Jossen 21, zusammen 165; W. Difer in Droseln 16, Frankfurt a. d. O. 3, Fürstentum 22 und Landsberg 71, zusammen 112; R. Schmidt in Brandenburg 38 und Potsdam 1, zusammen 39 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 266. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Behnte und Beier.

Im 23. Wahlkreis: 657 gültige, 3 ungültige Stimmen. Davon erhielten: W. Garz in Arnstadt 11, Erfurt 4 und Magdeburg 291, zusammen 306; W. Gebel in Weimarsleben 5, Dessau 33, Erfurt 4, Geraberg 4, Halle 89 und Magdeburg 1, zusammen 136; Paul Fröbel in Erfurt 12, Geraberg 179 und Halle 24, zusammen 215 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 329. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Fröbel und Garz.

Im 24. Wahlkreis: 582 gültige, 2 ungültige Stimmen. Davon erhielten: A. Sobus in Hameln 5, Hannover 306 und Nidesheim 22, zusammen 423; W. Schilling in Götting 40, Hameln 10, Nidderhagen 70 und Nordhagen 10, zusammen 130 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 283. Gewählt ist Sobus.

Im 25. Wahlkreis: 522 gültige, 3 ungültige Stimmen. Davon erhielten: R. Beier in Eberfeld 65, Gummersbach 6, Hagen 5, Hunsrück 47, Kassel 1, Remfcheid 7 und Willrath 9, zusammen 140; K. Bonn in Wendorf 43, Eberfeld 1, Hagen 12 und Kassel 164, zusammen 220; H. Borgmann in Bochum 11, Datteln 13, Dortmund 71, Eberfeld 10, Gelsenkirchen 12, Gummersbach 6, Hagen 11 und Solingen 28, zusammen 182 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 282. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Bonn und Borgmann.

Die Stichwahlen am 3., 17., 22., 23. und 25. Wahlkreise finden statt in der Zeit vom 13. bis einschließlich 20. März. Die Resultate sind sofort nach der Stichwahl, spätestens bis 23. März einzuliefern.

Stimmen, die auf andere als die zur Stichwahl stehenden Kandidaten fallen, sind ungültig.
Der Verbandsvorstand.

Rüffet zum Volksbegehren!

Zum ersten Male im Zeichen der republikanischen Reichsverfassung wird das deutsche Volk aufgerufen, gegen Fürstentum und Fürstentum die Stimme zu erheben und durch das Volksbegehren und anschließenden Volksentscheid die deutsche Republik vor maßlosen Ansprüchen der Absoluten zu schützen. Im den Novembertagen des Jahres 1918 legte der Volksjorn sämtliche Fürsten mit ihrem Anhang von der Willkür. Einige

zogen es vor, den Staat des Vaterlandes von ihren Ansprüchen zu scheitern. Ausnahmslos vergräßen sie, Thronansprüche zu stellen. Niemand im deutschen Volk konnte damals glauben, daß die entflohenen oder dahingegangenen Potentaten einstmal deutsche Gerichte für Vermögensauseinandersetzungen in Anspruch nehmen würden. Wenn später derartige Prozesse zu einem öffentlichen Skandal sich ausgewachsen haben, so nur deshalb, weil das deutsche Volk, insbesondere die arbeitende Klasse, von Uneinigkeit und Zwietracht befallen, gegenständig den Kampf führte, statt für die Befestigung der politischen Macht in einheitlicher Front sich einzusetzen. Es wäre dann nichts leichter gewesen, als durch entsprechende Gesetze die Ansprüche der gekrönten Häupter an Volk und Land als gegenstandslos zu erklären. In dem gegenständlichen Kampf der Arbeiterklasse um die Forderung der deutschen republikanischen Verfassung genau die Reaktion zusehends an Boden, alle monarchistischen Kreise sammelten sich wieder, und mit ihnen reichten die ehemaligen Herrscher ihre Köpfe, um die sie wenige Monate zuvor gestürzt hatten.

In den Parlamenten der Einzelstaaten fand sich keine genügende Mehrheit für eine entscheidungslose Einsegnung der Fürsten, ebensowenig im Reichstag für eine reichsgesetzliche Regelung. In der Weizsäcker für die Fälle wurden später durch Bergische und Abänderungsregeln die Ansprüche der Fürstenhäuser in der unterschiedlichsten Weise, je nach der politischen Zusammensetzung der Parlamente und Landesregierungen geregelt. Der Anspruch der Fürsten auf das sogenannte Schatzgeld wurde von vornherein als unbefugbar erklärt und auf diese Weise erhebliche Vermögenswerte ihnen ausgeliefert. Darüber hinaus erhielten zwei Dutzend Familien etwa 150 000 Hektar wertvollen Land- und Forstbesitz, dazu zahlreiche Schlösser, Grundstücke, Parks, Museen, sowie Kunstschätze und Millionen Mark in bar ausgeliefert, damit die Herrschaften ihr früheres standesgemäßes Leben nicht allzusehr einschränken brauchen.

Leider die durch die Inflation entwerteten Abfindungsummen werden fast ausnahmslos Aufwertungsprozesse geführt. Wenn auch eine genaue Abschätzung der den Fürsten bereits ausgelieferten Vermögensobjekte im Augenblick nur schwerlich und nur nach der Bewertung für den Weizsäcker vom Jahre 1913 möglich ist, so ist doch unbestritten, daß die Fürsten mit Unterstützung der Rechtsparteien Werte ausgezahlt bekommen, die einige hundert Millionen betragen. Einem Teil dieser Parositen an dem wurden Volkstörper genügt dieser Maßgabe nicht, deshalb hoben sie die deutsche Justiz für ihre maßlosen Ansprüche in Bewegung gesetzt. Etwa 100 Fürstentum laufen zurzeit vor allen möglichen deutschen Gerichten, davon allein 25, die die Thüringer Landesbesitzer angeklagt haben. Einmal es nicht, durch einen Volksentscheid die Justiz zu betreiben, dann besteht kaum eine Möglichkeit, diesen Rattenkönig von Prozessen aufzuhalten. Dann werden die fürstlichen Ansprüche auf Kosten des deutschen Volkes und des Ansehens der deutschen Republik auf jeden Fall fürstlich aufgewertet werden, und zwar zur selben Zeit, wo große Teile des Volkes auf Jahre hinaus unter den Folgen dieser einstmal so herrlichen fürstlichen Politik in Not und Elend ihr Dasein fristen. Während Millionen durch Krieg und Inflation ihre letzte Habe verloren und nunmehr auf die öffentliche Wohlfahrt angewiesen sind, wo Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter mit ihren Familien Hunger leiden, da lassen den Hohenzollern Hunderttausende Hektar Land und Forstbesitz, 80 Schlösser, 92 Ruinen, ferner Kunstwerke, Theater usw. sowie 30 Millionen Mark in bar ausgeliefert werden. Die Not in Doren ist ansehend kaum zu ertragen, denn der dortige Hohenzollernbesitz mit 200 000 Hektar unmaßlosen Gärten und Park und einer Villa im Preise von 1 350 000 Gulden nebst Betriebskapital in Höhe von etwa 50 Millionen Mark reichen für die Befriedigung der standesgemäßen Bedürfnisse der Krone nicht aus. Die Unerschütterlichkeit und Gehärg der Hohenzollern ist derart brutal, daß selbst die übrigen Fürstentum in Deutschland Anstoß daran nehmen.

Das deutsche Volk muß deshalb entscheiden, ob eine derartige Abfindungsgeschichte in der deutschen Republik möglich sein soll. Die aus einer sinnlosen Ueberbesitzung entstandenen Fürstentumansprüche haben das Volk mit Recht empört und ihm die Ueberzeugung beigebracht, daß die im November 1918 begangene Unterlassung corrigiert werden muß. Die Auslieferung deutscher Milliardenwerte an zwei Dutzend Fürstentumfamilien, die fortwährend Subventionierung der Wärfen ist nicht allein eine Angelegenheit einzelner politischer Parteien, sondern der gesamten republikanisch gesinnten Bevölkerung. Alle Republikaner haben die Pflicht, die Republik vor diesem Generalangriff der Ueberfülligegemorden und Monarchisten zu schützen. Ist auch die Durchführung des Volksbegehrens ein rein politische Angelegenheit, so sind die Gewerkschaften doch jetzt

erschlossen, diesen Angriff auf die junge Republik mit den ihnen zur Verfügung stehenden Kräften abzuwehren und sie vor moralischen und materiellen Verlusten zu schützen.

Das Volksbegehren muß zu einem millionenfachen Protest gegen den Tanz der Fürsten und gabelnd gesteigert werden. Die Weimarer Verfassung gibt uns die Möglichkeit, durch Volksbegehren und Volksentscheid dem Fürstentum den Vorkurs entgegenzusetzen. Die Gewerkschaftsmitglieder werden ihre Pflicht als Arbeiter und Republikaner erfüllen und entsprechend dem Beschluß des Bundesausschusses vom 8. Februar alle Kraft einsetzen, um schon beim Volksbegehren den überwältigenden Sieg herbeizuführen gegen Fürstenhaß, für das Volkswohl, für entschädigungslose Fürsteneinteilung.

Einheitsfront.

Einheit, Einherd, Antik, Antist

Unter dieser Überschrift nimmt der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam Stellung zu der jüngsten Rundgebung der russischen Kommunistischen Partei. Er schreibt:

Im neuesten Zeit haben sich der englischen Zeitschrift „Trade Union Unity“ (Gewerkschaftseinheit) ähnliche Blätter in Belgien, Holland und Deutschland beigelegt. An sich können solche Publikationen nur nützen. Denn die Einheit muß kommen und wer sie in ehrlicher Weise herbeiführt, macht sich um die Arbeiterklasse verdient. Mit dem Worte „Einheit“ wurde solange Klug getrieben, und es mußte solange als Defensibel für tausend andere Dinge gehalten, daß ernsthafte Arbeiter auf dem Banne angelangt sind, jedem den Rücken zu kehren, der das Wort Einheit in den Mund nimmt. Diese Stellungnahme ist begründet. Sie birgt jedoch eine der größten Gefahren in sich: Zermürbende Gleichgültigkeit. Tomski hat auf dem Parteitag der russischen kommunistischen Partei dieser Beforgnis in ersten Worten Ausdruck verliehen und einen Satz geprägt, der die Lage deutlich umschreibt. Er sagte nämlich, „man solle entweder agitatorische Manöver machen, wie dies früher getan wurde, oder aber sich ernsthaft mit dem Problem beschäftigen“.

Soll dies gelingen, so muß man sich in erster Linie darüber klar sein, daß die Einheit nicht nach kommunistischer Auffassung die Zerstörung der Amsterdamer Verbände bedeuten kann, sondern daß sich eben zwei Richtungen gegenüberstehen und versucht werden muß, ob und wie sie einander nähergebracht werden können. Das heißt, der Vermittler muß ehrlich und überlegen in der Mitte stehen und beiden Seiten die Hände reichen. Wer sich „ernsthaft“ mit dem Problem beschäftigen will, mußte demnach auf die Untugenden von 10 bis 12 Tugenden der Amsterdamer, auf die guten und schlechten Seiten der russischen Stellungnahme auf internationalem Gebiet, auf die Möglichkeiten von 10 bis 12 Unmöglichkeiten der Politik der verschiedenen Organisationen hinweisen.

Besteht man die nötige Selbständigkeit und Offenheit, so wäre in diesem Sinne allererst zu sagen. So könnte z. B. einmal auf die nötige Unterscheidung zwischen der russischen Gewerkschaftspolitik in Russland selbst und der außerRussischen für die verschiedenen Organisationen der anderen Länder Richtung gebenden Gewerkschaftspolitik der Russen hingewiesen und deutlich gemacht werden, daß die russische Gewerkschaftspolitik in Russland von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden sollte als die außerRussische Gewerkschaftspolitik. Damit würde die vom IGB nicht mitgemachte Feindschaft der russischen Gewerkschaften, deren Unrichtigkeit für alle Arbeiter so wichtig ist wie die Aufrechterhaltung der Sowjetrepublik überhaupt, gegenstandslos. Andererseits müßte dann aber auch gesagt werden, daß die Russen, die im Interesse der Erhaltung ihres Staates in kurzer Zeit von einer starren kommunistischen Innenpolitik zu sehr gemäßigten Aufstellungen übergehen mußten, nicht den Fehler machen sollten, den außerRussischen Arbeitern und Gewerkschaften eine Politik aufzuzwingen, die bei ihnen zu Hause noch lange nicht gefährt ist und ständige Veränderungen erfordert. Eine sehr dankbare Aufgabe wäre es ferner, die bis jetzt angeführten und durchgeführten Einheitsfrontversuche sachlich und mit der nötigen selbständigen Stellungnahme nach beiden Seiten zu analysieren. Anstatt diese Versuche, die selber in fast allen Fällen gescheitert sind, folgschweigend oder einseitig zu interpretieren, müßte untersucht werden, weshalb sie scheiterten und in welchen Punkten sich die Parteien vielleicht auf einen anderen Standpunkt stellen müßten, damit in Zukunft mehr Aussicht auf Erfolg besteht. Anstatt die in der Frage des Volksentscheids über die Fürsteneinteilung in Deutschland herbeigeführte Einheitsfront im voraus mit allerlei Superlativen als großen Erfolg zu buchen („Die Einheit“ Nr. 1), hätte gewarnt und gesagt werden können, weshalb sehr ähnliche Versuche in Deutschland früher scheiterten. Dies hätte vielleicht dazu beigetragen, daß der Versuch nicht aus den gleichen Gründen wie frühere Versuche mißlungen wäre, d. h. weil die Kommunisten die Einheitsfront benutzen, um ihrem Partner nach Möglichkeit zu schaden, und wie der Kommunistenführer Thalmann sagte, „die Sozialdemokratie zu verwirren“ und „eine in die Gewerkschaften Einheitsfront zu bilden“. Endlich müßte man den Mut haben, zu sagen, daß die Einheit sogar schädlich ist, wenn sie nicht Zusammenarbeit bedeuten kann, sondern nur Verwirrung bringen und die jegliche Tätigkeit der Amsterdamer Verbände, so gering sie auch nach Ansicht der Kommunisten sein mag, ganz lähmen soll. Eine solche negative „Einheitsfront“-Politik ließe sich tattlich nur rechtfertigen, wenn tatsächlich die Aussicht bestände, die Amsterdamer zu vernichten. Doch dies ist nicht möglich, da die Kommunisten allmählich eingesehen haben. Endlich wäre über andere Einheitsfrontversuche in anderen Ländern zu berichten, die auf anderer Grundlage verfaßt und psychologisch deshalb auch von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden müßten, was wiederum gilt für die Einheitsfrontversuche und bezügl.

hergestellten Einheitsfronten in den internationalen Berufsvereinigungen.

Besteht man die für eine solche, sachliche konstruktive Kritik nötige geistige Unabhängigkeit nicht und beschränkt man sich, wie dies die erwähnten neuen Zeitschriften tun, darauf, in einseitiger Weise Allgemeinheiten zu sagen und die Einheit mit verschwommenen Worten über die „Umgestaltung in der Gewerkschaftsorganisation“ usw. anzureißen, so spielt man lediglich einen Akt der Oper, von der Tomski sagte: „Man singt: Wir laufen, laufen, laufen, und man bleibt dabei auf einem Fleck stehen“. Wert aber der Leser zudem nach der Zeitschrift der zweiten Nummer, daß diese Zeitschriften in keiner Weise als Vermittler betrachtet werden können, sondern nur den einen Partner als Sünder hinstellen und sich über den anderen in allen Sprachen ausschweifen, so schaden sie viel mehr als sie nützen. Ihr Schicksal muß sein, daß sie nach kurzer Zeit auch noch das bisherige Werbetrakt einbüßen, das sie vielleicht zu Beginn gehabt haben.

Die Gewerkschaftsspitzen zur deutschen Wirtschaftspolitik.

Der Denkschrift, die der Reichsverband der Industriellen veröffentlicht hat, haben namentlich die Spitzen der freien Gewerkschaften eine ebensofolgende folgen lassen. Wir übergeben die Einleitung und zitieren aus dieser Denkschrift der Gewerkschaften folgende Sätze:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben immer darauf hingewiesen, daß ihre sozialpolitischen Forderungen auf das enge mit der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mit dem Gesamtaufbau der Gütererzeugung und Güterverteilung zusammenhängen. Wir haben deshalb stets für die Arbeitnehmerschaft das Mitbestimmungsrecht auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik beansprucht und dementsprechend programmatische Forderungen für die Wirtschaftspolitik erhoben. Dagegen als unsere wesentlichen Forderungen der Öffentlichkeit nicht unbekannt sind, nehmen wir die vom Reichsverband der deutschen Industrie kürzlich veröffentlichte programmatische Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ zum Anlaß, unsere Stellung zu den brennenden wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen zusammenfassend darzulegen.

Solange noch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, wird es stets wirtschaftliche Klassen geben, die um die relative Größe ihrer Anteile am Ertrag der Arbeit gegeneinander kämpfen werden. Wir halten diese Kämpfe für unvermeidlich, weil irgendeine angeblich neutrale wissenschaftliche Verständigung in dieser Frage nicht gegeben ist.

Aber unbeschadet dieser Erkenntnis glauben auch wir, daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erlösbare ist zum Zweck der Überwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft. In diesem Sinne unterbreiten wir unsere Forderungen allen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik verantwortlichen Stellen in der Überzeugung, Wege zu weisen, auf denen die Entwicklung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann.

Der letztere Absatz, über die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit zum Zweck der Überwindung der Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft, wird selbstverständlich von der kommunistischen Presse als der Wunsch nach der Wiederherstellung der früheren Arbeitgemeinschaft unseligen Angedenkens bezeichnet. Zu einer solchen fehlen alle Voraussetzungen und auch jede Möglichkeit, das geht aus dem Vorhergesagten auch für jeden mit aller Klarheit hervor, der nicht mit böswilligen Unterstellungen arbeitet.

An eine Ausgleichung der Klassengegensätze ist solange der Privatkapitalismus herrscht überhaupt nicht ernstlich zu denken.

Es handelt sich aber darum, den gegenwärtigen Zuständen in unserer Wirtschaft im Interesse der Arbeiter ein Ende zu machen und die Existenzmöglichkeit möglichst bald herzustellen. Darum war es zunächst notwendig, den Ueberlieferungen und Behauptungen in der Denkschrift der Industriellen entgegenzutreten. Das haben die Spitzen der Gewerkschaften in dieser Denkschrift getan, den Beifall der Kommunisten werden sie niemals finden, mögen sie tun, was sie wollen.

Die Denkschrift fordert im einzelnen vor allem die Neugestaltung der Preispolitik, damit die Möglichkeit geschaffen wird, größere Warenmengen umzusetzen als bisher bei den übermäßig hohen Preisen. Dies kann aber niemals durch Herabsetzung der Löhne und Gehälter erreicht werden, weil dadurch die Kaufkraft der Volksmassen nur noch mehr geschwächt würde. Es muß der unproduktiven Belastung und dem Zwischengange zu Weis gegangen werden, nur dadurch kann der innere Markt belebt und der Warenabfah gesteigert werden, was wiederum die Produktionsmöglichkeit stärkt.

Denn die Stärkung des Wohlstandes der Massen ist der Sinn der wirtschaftlichen Entlohnung.

Ueber die Notwendigkeit, den Produktionsprozeß zu vereinfachen und zu rationalisieren, scheint im allgemeinen Uebereinstimmung zu bestehen. Nicht aber darüber, was aus den Arbeitskräften wird, die dadurch aus der Produktion auscheiden müssen. Arbeitslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, — Helfensfalls sind das doch nur Behelfsmittel für den Uebergang, und die schlimmsten Härten zu mildern. Einen Weg sehen wir auch darin nicht, der aus diesen Wirrnissen herausführt.

Das Problem, für alle Menschen Existenzmöglichkeit zu schaffen, kann in der heutigen Gesellschaft, wo alles darauf hinausläuft, Profitwirtschaft zu treiben, überhaupt nicht gelöst werden. Zunächst müßte ernstlich angestrbt werden, die gelamte Finanzwirtschaft unter staatliche Kontrolle zu stellen und die ungeheuren Lasten abzumenschen, die der Staat jetzt im Interesse der Privatkapitalisten zu scheppen hat. Der Pensions- und Rentenplan, der Grund- und Bodennutzer, die Zoll- und Verbrauchsabgabenpolitik rültern das Volk und machen es zu Sklaven der Ausbeuter.

An deren Spitze marschieren die ehemaligen Fürsten, die nicht nur unerhörte große Ländereien sich angeeignet haben, sondern auch vielfach als Aktienbesitzer an industriellen und sonstigen Unternehmen sich von der Arbeit des Volkes Reichthümer aufgeschichtet haben. Wenn nicht breite Volksschichten recht bald erwachen und zur Enttarnung dieser Schlinge gelangen, dann können wir noch lange an diesen Lasten vergeblich rütteln.

Die erste Aktion könnte der Volksentscheid werden. Wenn dieser so gefaßt werden kann, daß mit übergroßer Mehrheit die Enteignung der Fürsten beschlossen wird, so wäre das ein gewaltiger Schritt nach vorwärts.

Der mitteldeutsche Gau im Jahre 1925.

Das Berichtsjahr 1925 weist besonders zwei Merkmale auf. Zunächst in den einzelnen Branchen infolge technischer Neuerungen; Teilarbeit und Verdrängen der gelehrten Arbeiter durch Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, was eine bemerkenswerte Entwertung der Produktion bewirkt. Und am Ende des Berichtsjahres die große Erwerbslosigkeit, von der zwei Drittel unserer Mitglieder im Gau durch volle Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen wurden. In der Metallindustrie waren es die Firmen Ault u. Co. in Geraberg, und Häfner u. Co. in Künzelsbrunn, welche durch Einführung technischer Verbesserungen eine übergroße Anzahl billiger Arbeiter auf den Markt werfen konnten. Derselbe Entwidung in der Autoindustrie. Hier war es die Firma Gottfried Bindner in Remondorf b. Halle, welche durch die Einführung neuer Maschinen und Verwendung weiblicher Arbeitskräfte den Lohn der Teilarbeit auf das tiefe herabgedrückt hat. Auch in der Kinderwagenindustrie in Zeitz wurde Teilarbeit eingeführt. In der Bronnenaden-Garnmaschinenfabrik von Langner in Gera (Neuh) ist die Verminderung der Arbeitskräfte durch Einführung neuer Maschinen gekommen. Im Postergewerbe daselbe Bild, nur in anderem Rahmen. Hier hat es nicht technische Neuerungen, sondern das Verdrängen von Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen, durch welche eine Umstellung der Arbeitsweise bei billigen Posternormen erfolgt. So werden z. B. Aufzugarmaturen nur noch wenig von gelehrten Tapezierern angefertigt. Stapelbetriebe finden wir in Bad Kösen, Eisleben, Gera (Neuh), Gotha, Rumburg und Mansfeld, wo das Vorhergeleitete zutrifft. Technische Neuerungen, Teilarbeit, Verdrängung von gelehrten Arbeitern und Einstellung von Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen, das ist die Signatur des Jahres 1925.

Auf der Reifreife finden wir: festen Zusammenhalt der Unternehmer, Hinausdrängen der Organisierten aus den Betrieben durch Gewalt und List. Dort, wo Tarifverträge bestehen, verliert man durch Provokationen die Arbeiter zum Vertragsbruch zu veranlassen, um durch Schadenersatzklagen die Gewerkschaften finanziell zu schwächen. Wir haben das Vertrauen zu unserer Organisation, daß sie alles tun, was in ihren Kräften steht, um damit fertig zu werden. Der Mantelvertrag und das Arbeitszeitabkommen in der Metallindustrie, welches an sechs Orten für unsere Berufsangehörigen Geltung hatte, ist am Ende des Jahres 1925 abgelaufen. In Dessau und Rastau gelang es im Postergewerbe, durch unter Einwirkung der Arbeitszeit wieder auf wöchentlich 48 Stunden herabzusetzen.

In der Lederwarenindustrie fanden im Lohngebiet Erfurt-Thüringen-Cassel 1925 insgesamt sechs Lohnverhandlungen in der Bezirksfachkommission I. (Anfang), und drei Lohnverhandlungen in der Bezirksfachkommission II. (Anfang) statt. Der tarifliche Mindestlohn wurde im Berichtsjahr von 62 Pf. auf 76 Pf. erhöht. Im Lohngebiet Magdeburg-Halle fand im September eine Lohnverhandlung statt, welche ergebnislos verlief. Vorher fanden in Dessau, Halle, Magdeburg und Weitzenfels vor den staatlichen Schlichtungsausschüssen Lohnverhandlungen statt. Die Löhne wurden im Laufe des Jahres von 50, 64 und 68 Pf. auf 70, 78 und 84 Pf. aufgebessert.

Der Gauleiter nahm an den Tarif- und Lohnverhandlungen der Thüringer Metallindustrie teil. Der tarifliche Stundenlohn wurde von 48 auf 64 Pf. erhöht.

Für das Postergewerbe fanden Lohnverhandlungen in Dessau, Erfurt, Gotha, Eisenach, Halle, Kassel und Weimar statt. Die tariflichen Stundenlöhne stiegen in Dessau von 66 auf 80 Pf., Eisenach von 61 auf 85 Pf., Erfurt von 70 auf 84 Pf., Gera (Neuh) von 61 auf 90 Pf., Gotha von 66 auf 88 Pf., Halle von 71 auf 93 Pf., Kassel von 60 auf 88 Pf., Magdeburg von 75 auf 95 Pf. und in Weimar von 61 auf 82 Pf. Das Bestreben, einen Mantelvertrag für das Postergewerbe in Thüringen zum Abschluß zu bringen, scheiterte an dem ablehnenden Verhalten des Thüringischen Landes-Berufs-Verbandes der Sattler, Postierer und Dekorateur. Tarifverträge im Postergewerbe bestehen in Altenburg, Dessau, Eisenach, Gotha, Halle, Kassel, Magdeburg und Weimar. Lohnabkommen in Altenburg, Erfurt, Gera und Jena. Zu einem festigen Zusammenhalt kam es im September in Gotha mit der Abstimmung der Sattler und Tapezierer wegen der Ausführung von Postarbeiten leitens arbeitloser Gehilfen. Den Gehilfen kann man es nicht verdenken, wenn sie, um nicht ins Elend zu verfallen, Postarbeiten auf eigene Hand ausführen. Um so mehr, da in Gotha von 26 Weistern nur drei Weistler Gehilfen beschäftigt sind, dafür aber 30 Weistlinge.

Für die Sattler in den Handwerksbetrieben wurde in Magdeburg ein Tarifvertrag zunächst mit 72 Pf. Stundenlohn abgeschlossen, der später auf 84 Pf. gesteigert wurde. In der Zeitzer Kinderwagenindustrie wurde wiederholt verhandelt wegen Abschluß eines neuen Manteltariffs und des Mindestlohns. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Der Tarifstundenlohn stieg von 54 auf 88 Pf. Bei der Firma Fr. Stephan wurde der Tarifstundenlohn von 48 auf 60 Pf. erhöht. Die Gehaltsliste dieser Firma ging von 100 auf 88 Beschäftigte am Jahresabschluss zurück. Für die Treibriemenlatier wurde der tarifliche Stundenlohn in Erfurt von 60 auf 77 Pf. und in Magdeburg von 66 auf 87 Pf. erhöht.

In Eisenach waren zu Beginn des Jahres 50 Sattler in den Dikmerken am Streik der Thüringer Metallindustrie beteiligt. Nach achtwöchentlicher Dauer wurde dieser Kampf mit Erfolg beendet. Die Tapezierer in Halle

treten im August in den Streik, weil es der Arbeitgeber-Schlichterband ablehnte, den Tapezierern dieselben Löhne zu zahlen wie den Holzarbeitern. Resultat: Abbruch eines Tarifvertrages und Erhöhung des Tarifstundenlohnes auf 88 Pf. Bei der Firma Ludwig Stäbe u. Sohn in Diemitz v. Halle wurden 37 Sattler ausgeperrt, weil sich diese weigerten, bei 15 Kubikmetern 32 Stunden Zeit zuzubringen zu lassen. Dieser Kampf dauerte sechs Wochen. Er wurde durch Verhandlung des Gaulteiers und der Firma mit teilweise Erfolg beendet. Eine Anzahl Sattler hatten anderweitig Stellung bekommen. Ein besonders interessant ist, daß Herr Alfred Raabe von der Geschäftsführung zurückgetreten ist. Er hatte durch kein Temperament gegen jenseitigen anderen Krach in den letzten 20 Jahren heraufbeschworen. Der Firma Gottlieb Lindner in Ammerbüchel v. Halle fehlten 15 Sattler den Händen, als ihnen zugemutet wurde, bei einer bestimmten Arbeit statt sechs Wagen in 661 Minuten sieben Wagen in 665 Minuten zu liefern. In Rassel traten am 18. März 1925 64 Tapezierer in den Streik. Nach fünfwöchiger Dauer wurde der Kampf mit Erfolg beendet. Die 48stündige Arbeitszeit und eine Erhöhung des tariflichen Stundenlohnes von 60 auf 80 Pf. war das Resultat. Dann waren noch 25 Sattler an einem Streik der Kellerei Metallindustrie beteiligt. In Rassel waren einige Sattler am Streik in der Karosserie-Fabrik von Hofmann und Schulz beteiligt. Durch das bornierte Auftreten eines Hakenkreuzlers kam es bei der Firma Carl Hoffmann in Göttha zu einer zehntägigen Arbeitsunterbrechung der Tapezierer. Es gelang dem Gaulteier, diesen Konflikt beizulegen. Einige Tage streikten auch die Tapezierer in Magdeburg. Resultat: Abbruch eines Tarifvertrages und Erhöhung des Tarifstundenlohnes von 77 auf 95 Pf.

Einer der rücksichtslosesten Unternehmer ist der Lederfabrikant Walz in Schleißen. Auf lässige Art verlor er die Organisation aus seinem Betrieb fernzuhalten. Die Schwerkraftstoffe sind hier unter aller Kritik. Bei der Firma Koffertabrik Rindelsbrück ist die im allgemeinen länderliche Arbeiterbewegung sehr eingeschüchtern. Die Organisation ist hier schwer vorwärts zu bringen. Die Portefeullierindustrie, welche früher nur auf Offenbach und Umgebung beschränkt war, breitet sich auch in anderen Gegenden aus. In Kleinmollathal sind bei zwei Firmen insgesamt 110 Personen (meistens junge Mädchen) auf billige Portefeullierwaren beschäftigt; auch in Jena, Börsch und Weimar sind Portefeullierbetriebe vorhanden. Der Beruf, die Preissenker von Rattenordheim und Umgebung zu organisieren, mißlang. Diese hatten sich für selbständige Gewerbetreibende. Dabei heften sie im tiefsten Grund. Bei zwölfstündiger täglicher Heimarbeit werden Verdienste von wöchentlich 10 bis 15 Mt. erzielt. Auch die Agitation wurde reger betrieben. Durch Beratungen und Vorträge in fast allen Verwaltungsstellen blieb der Gaulteier in fähiger Fühlung mit den Mitgliedern. Auch Werktätigkeiten und Hausbesuche wurden ausgeführt. Die unsichere Wirtschaftslage ließ jedoch große Erfolge nicht aufkommen. In Bernburg, Erfurt, Schwere, Göttha, Jena, Ronneburg, Schleusen und Zeitz wurden einige Fortschritte erzielt. Im Juni wurden durch die Kollegen Braun-Chemnitz, Dregels-Hornburg und Gehring-Dießdorf Agitationstouren durch den Gau unternommen. Sie waren erregend und fördernd. Durch eine Verbreitung von 3500 Flugblättern wurde diese Agitation wirksam unterstützt.

Zu Anfang des Jahres 1925 waren im Gau in 29 Verwaltungsstellen 2325 und am Ende des Jahres 2450 organisierte Mitglieder. In Zeinsele wurde eine neue Verwaltungsstelle errichtet. Duderstadt und Göttingen sind, weil hier keine Behörden dort vorhanden sind, eingegangen. Dem Gau zugewiesen wurde Stendal. Eine Autostillstandsfahrt fand am 8. November in Erfurt statt. Sie war von lebem Orten besetzt. Es wurde eine Verbindung mit den Kollegen der einzelnen Autobetriebe erzielt. Der Gaulteier bekam den Auftrag, die Preise der Afforbatterien auszuarbeiten und den interessierten Kollegen zuzustellen. Aus dem Geschäftsbericht lernen wir, daß die gewerkschaftliche Organisation notwendig ist und daß es noch viele Aufgaben in wirtschaftlicher Beziehung zu lösen gibt.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 20 bzw. 10 Prozent.

Unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge hat das Plenum des Reichstages am 20. Februar folgendes beschlossen:

1. Die Unterstützungsätze werden in den Ortsklassen A, B und C mit sofortiger Wirkung erhöht:
1. für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 v. H.,
2. für alleinstehende Erwerbslose über 21 Jahre um 10 v. H.,
3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, sofern sie bereits 8 Wochen nacheinander unterstützbar worden sind, ebenfalls um 10 v. H.

Damit sind die berechtigten Forderungen keineswegs erfüllt, und die Arbeitervertreter sind natürlich gezwungen, den Kampf um eine angemessene Verbesserung der Unterstützungsätze fortzusetzen. Ueber die Art und Weise, wie besonders gegenüber ledigen Erwerbslosen, die bei den Orten wohnen, verfahren wird, wie überhaupt über die ganze Handhabung der Erwerbslosensorge, wird noch vieles gesagt werden müssen. Da sind Differenzierungen angebracht, die sicher zu allerlei Konflikten führen werden. Es ist zu erwarten, daß es nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie in Betrieben arbeiten, wo mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt sind. Dadurch werden alle, die in kleinen oder mittleren Handwerksbetrieben beschäftigt sind, ausgeschlossen. Die Handwerksbetriebe sind ebenfalls nicht zu begünstigen. Die Unterstützung soll gewährt werden für den 1. und 2. v. H. der Unterstützung in beiden Kalenderwochen. Es fallen damit jenseitig die ersten Ausbezahlungen zu Lasten des Sturzarbeiters. Die Unterstützung wird nur für volle ausfallende Arbeitstage gewährt, also nicht dann, wenn stundenweise verkürzt gearbeitet wird. Die tägliche Unterstützung ist gleich dem Tageslohn, den der

Kurzarbeiter erhalten würde, wenn er erwerbslos wäre, also Hauptunterstützung zuzüglich Familienzuschlag. Eine Milderung ist infolgedessen hinzugekommen, als Kurzarbeiter mit mindestens drei zuzulassenden Angehörigen, wenn vier Arbeitstage in der Arbeitswoche ausfallen, bis zu 2/3 Tageslohn, wenn fünf Arbeitstage ausfallen bis zu 3/4 Tageslohn erhalten können. Die Unterstützung darf nur gewährt werden, wenn in dem Betrieb unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Wochen insgesamt mindestens acht Arbeitstage ausgefallen sind. Für die Uebergangszeit soll jedoch diese Bestimmung rückwärts angewandt werden, so daß die meisten der stark verkürzt arbeitenden sofort in den Genuss der Unterstützung kommen. Eine weitere Bestimmung sagt, daß die Kurzarbeiterunterstützung den Arbeitern des Betriebes höchstens für die Dauer von sechs aufeinanderfolgenden Kalenderwochen gewährt werden soll. Wenn in regelmäßigen Wechsel die Arbeit wochenweise ausfällt, so daß eine Kalenderwoche gearbeitet und eine Kalenderwoche gefehlt wird, so erfolgt die Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung darauf, daß für jede der beiden Kalenderwochen je drei Tage Kurzarbeit gerechnet wird. Da die beiden ersten Tage zu Lasten des Kurzarbeiters fallen, würde also für jede der Wochen je ein ausfallender Arbeitstag entschädigt werden. Es ist selbstverständlich, daß wir auch solche Kurzarbeiterfrage als höchst unzureichend erachten müssen.

Die davongelaufenen Fürsten fordern.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin verlangt von seinen ehemaligen Vandalensindern ein Duzend Schlösser, ansehnlichen Grundbesitz, rund 400 000 Mt. Anbindungssumme und jährlich rund 300 000 Mt. Rente. Das ist selbst der deutschen nationalen Regierung Brandstein zu toll und sie will dagegen den Klageweg beschreiten. Die Klage wird die niedrige Summe von 467 000 Mt. verhängen. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat 1918 gegen Zahlung von 5 Millionen Mark auf ein Thronfolgerrecht verzichtet. Die großherzogliche Familie bekam drei Fünftel der gesamten Kabinetsgüter, Wert 3 Millionen Mark; 30 Millionen Mark Barabfindung. Neuerdings verlangt sie deren Aufwertung auf 5,2 Millionen Mark. Die Kronprinzessin Jutta von Montenegro verlangt außer den bereits erhaltenen 8 Millionen weitere 800 000 Mt.

Die Witwe des ehemaligen Landesherren von Schwarzburg-Rudolstadt verlangt 12 Domänen und 17 000 Hektar Wald.

Der ehemalige Landesherr von Sachsen-Altenburg hält es für angebracht, seinen Untertanen folgendes abzuhändigen: 6 Domänen, 12 000 Hektar Wald. Der Herzog von Sachsen-Anhalt hat folgende Forderung eingereicht: 17 658 Hektar Grundbesitz, 61,2 Millionen Mark.

Der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen verlangt mehrere Schlösser, 21 Domänen und 20 000 Hektar Wald.

Die Wittelsbacher verlangen von Bayern eine Anzahl Schlösser, Liegenschaften in der Größe von 10 000 Hektar; die Aufwertung der ihnen feierrecht gezahlten Anbindungssumme von 60 Millionen Papiermark auf 10 Millionen Goldmark.

Das sind nur die Forderungen von einem Teil der davongelaufenen Fürsten. Die Liste wird gelegentlich fortgesetzt werden. Es sei heute noch daran erinnert, was das deutsche Volk seinen getränten Häuptern vor dem Kriege jährlich gezahlt hat:

dem König von Preußen	21 200 000 Mt.	50 082 Mt.
dem König von Bayern	4 865 734 "	18 810 "
dem König von Sachsen	4 091 458 "	11 208 "
dem König v. Württemberg	2 400 000 "	6 575 "

Dazu die andern 18 Großherzöge, Herzöge und Fürsten, die eine halbe bis 2 Millionen Mark im Jahre empfingen. Insgesamt kostete die ganze „Gottesgnaden“-Gefellschaft 41 541 593 Mt.

In der Republik erhält der Reichspräsident — die Einzelstaaten haben keine Präsidenten neben den Ministern — ungehörig sovjet im Jahre, wie in der Monarchie die 22 Fürsten an einem Tage. Die Monarchen an einem Tage 113 012 Mt., der Reichspräsident im Jahre 120 000 Mark.

Agriarier und Volksbegehren.

Wie sehr die Reaktionäre das Volksbegehren und die Forderung der Enteignung der Fürsten von allem angelegenen Grund und Boden fürchten, das geht aus den Maßnahmen hervor, welche die Agriarier vornehmen. Der Landbund für Oberamtmann und der Verband preussischer Landgemeinden veröffentlichen durch Rundschreiben an die Gemeinde- und Gutsbesitzer die Eingezugenen in die Listen, die das Volksbegehren fordern, dadurch zu verhindern, daß sie die Gemeindevorstände aufzufordern, die Eingezugenenlisten in den Papierkorb zu befördern. Endlich, am 25. Februar, ist die Anordnung des preussischen Innenministers herausgegeben, welche das Eintragungsverfahren in die Listen regelt.

Zur Eintragung berechtigt ist, wer in die zuletz (zweiter Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925) abgeschlossene oder laufend geführte Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist. Andere Personen dürfen nur dann zur Eintragung zugelassen werden, wenn sie einen Eintragungsschein besitzen.

Zunftsfragen.

„Eachen links“ wirft die Frage auf, was geschieht, wenn der Volksentscheid nach dem Hofen und Winkeln der davongelaufenen Fürsten ausfällt, und beantwortet sie dahin:

„Sie werden sofort nach diesem Beginn des Wiederaufbaues des alten Reichstaates einen weiteren Schritt tun und gegen alle Revolutionsmänner Klage erheben wegen unbedingten Betretens fürstlicher Gebäude und Ländereien, widerrechtlichen Gebrauchs privater Gegenstände und Eintrügungen, Amtsannahme und Majestätsbeleidigung usw.“

Bei der heutigen Einsetzung vieler Richter ist diese Frage gar nicht paßlosig anzustellen. Was wir bisher schon alles in der neuesten Rechtsprechung erlebt haben, eröffnet in der Tat nette Zukunftsaussichten.

Die Einziehung in die Eintragungsslisten zum Volksbegehren auf Einziehung der Vermögensvermögen findet in der Zeit vom 4. bis einschließl. 17. März statt.

Abrechnung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullierverbandes über das vierte Quartal 1925.

Mitgliederbewegung. Bestand am Schluß des 3. Quartals 27 189 männliche, 6430 weibliche, zusammen 33 679 Mitglieder. Eingetretene sind 1711, abgetreten 167, angemeldet 102, zusammen 36 638. Abgemeldet 117, abgetreten 550, ausgeschieden 3988, gestorben 34. Abgang 3769. Bleibt Bestand am Schluß des 4. Quartals 25 903 männliche, 5987 weibliche, zusammen 31 890 Mitglieder. Verlust 1789 Mitglieder, davon 1296 männliche und 508 weibliche.

Die Kassenabrechnung der Lokalfassen war folgende: Einnahmen: Bestand am Schluß des 2. Quartals 109 243,47 Mt., Anteil an den Beiträgen 42 715,94 Mt., an lokalen Extrabeiträgen 42 991,60 Mt., Zinsen 425,30 Mt., Sonstige Einnahmen 9347,45 Mt. Ausgaben: Lohnbewegungen 1638,03 Mt., Agitation in Nachbarorten 4214,64 Mt., Entschädigung der Ortsverwaltung 11 775,66 Mt., Gehalt für Angestellte 23 401,00 Mt., Sonstige Entschädigungen 1732,37 Mt., Sitzungsgeld 2140,78 Mt., Porto, Briefe usw. 5621,16 Mt., Bureaukosten 3455,60 Mt., Kartell- und Sekretariatsbeiträge 4986,17 Mt., Arbeitsnachweis 16,00 Mt., Bibliothekszweck 632,30 Mt., Konferenzen 557,60 Mt., Lokale Volkskammerunterstützung 11 555,69 Mt., Lokale Gemahrgesellenunterstützung 155,30 Mt., Lokale Streikunterstützung 4717,35 Mt., Streikunterstützung an andere Gewerkschaften 411,00 Mt. und sonstige Zuwendungen an andere Organisationen 1280,18 Mt., Bestand am Jahresschluß 125 981,31 Mt. Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben betrug 204 638,76 Mt.

Die Abrechnung der Hauptkassen ist folgende, soweit sie von den Lokalfassen erhielt: Eintrittsgeld 816,55 Mt.; Beiträge à 70 Pf. 145 059,30 Mt.; à 50 Pf. 24 284,50 Mt.; à 85 Pf. 6412,60 Mt.; à 25 Pf. 3698,25 Mt.; à 10 Pf. 1707,50 Mt.; die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben beträgt sich auf 244 622,59 Mt. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassen: Einnahmen: Bestand am 30. September 51 755,45 Mt., Einnahmen 56 386,71 Mt. Von der Bank erhoben 89 699,20 Mt., Zinsen 3258,59 Mt., Wohnrenten 192,25 Mt., Achtstundentaxen 6132,50 Mt., Aufwertung 27 048,54 Mt., verschiedene Einnahmen 49,60 Mt. Insgesamt 234 802,84 Mt. Ausgaben: Agitation 11 987,28 Mt., Zeitung einschließl. Frauenzeitung 7695,31 Mt., Verwaltungskosten: persönliche 6577,91 Mt., sächliche 3760,31 Mt., Streikunterstützung, Lohnbewegungen 18 827,30 Mt., Gemahrgesellenunterstützung 111,50 Mt., Kasellunterstützung 140 „ Mt., Rechtschutz 8 000 „ Mt., Bankeingabungen 51 219,01 Mt., Banntaxen 15 400 „ Mt., Saziale Baubetriebe 1000 „ Mt., Konsumgenossenschaft Berlin 28 708,54 Mt., Gewerkschaftsbund 953,40 Mt., Zuschuß der Verwaltungsstellen 45 050,48 Mt., Rückvergütung Teilungsabkommens 129,30 Mt., Unterbindungssumme 870,02 Mt., Konferenzen 740,93 Mt., Sonstige Ausgaben 100 „ Mt. Restbestand am 31. Dezember 1925 34 952,85 Mt. Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassen betrug 234 802,84 Mt. Das Verbandsvermögen betrug am Quartalschluß: 187 719,71 Mt. gegen 180 977,04 Mt. am Schluß des 3. Quartals.

Die Fertigstellung der Jahresrechnung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir haben deshalb für die wesentlichsten Ausgaben zusammengefaßt und führen sie hier an. Die Ausgaben für Streiks betragen sich auf 211 708,40 Mt., für Arbeitslosenunterstützung auf 143 050,86 Mt., für Kranke auf 80 900 „ Mt., für Erwerbslose mithin insgesamt auf 228 959,86 Mt. oder rund 224 000 Mt.

Jahresbericht der Ortsverwaltung Bauen über das Jahr 1925.

Die Ortsverwaltung war bemüht, das Wohl der Mitglieder wie der Belamdarbeiter nach Kräften zu fördern. Es wurde versucht, die Lehrlinge, die Arbeiterinnen und alle im Berufe Beschäftigten der Organisation zuzuführen. Auch ein neuer Tarifvertrag sollte mit der Tapeziererinnung geschlossen werden. Leider konnte nicht alles verwirklicht werden, was wir uns vorgenommen hatten. Es sind 52 Lehrlinge in unseren Berufen vorhanden, ihre Erhaltung ist noch nicht gelungen, 37 Kollegen und 14 Weibliche haben den Weg zur Organisation wiedergelunden.

Die Unternehmer suchten aus der Notlage, in welcher sich die Arbeiter befinden, möglichst Nutzen zu ziehen. Die Wirtschaftskrise sucht uns schwer heim. Im Oktober war noch leidlich zu tun, aber schon im November wurde das Karosseriewerk stillgelegt resp. die Stilllegung beantragt und die Arbeitszeit auf 24 Stunden herabgesetzt. Es kamen 170 Arbeiter und 10 Angestellte in Frage. Von uns wurden 24 Kollegen betroffen und am 8. Januar weitere 7 Mann. Die ganze Belegschaft besteht jetzt noch aus 7 Mann. Am 5. Dezember beantragte die Lederwarenfabrik Leuna die Stilllegung; 19 Kollegen und 6 Angestellte wurden entlassen. Im Tapezierergewerbe waren noch am 1. Dezember bei der Firma Bär 19 Kollegen beschäftigt, zuletzt nur noch 6; dasselbe gilt von der Firma Weiser u. Eißler. Ende Dezember hatten wir 47 arbeitslose Mitglieder. In der Lederwarenindustrie erzielten wir eine Lohnerhöhung von 63 auf 72 Pf., in der Handwerkskammer von 65 auf 70 Pf., bei den Tapezierern von 65 auf 87 Pf. und in der Karosserie von 78 auf 95 Pf. Mt. Die Tapeziererinnung wurde ein Tarif abgeschlossen, der vom 1. März an Gültigkeit hat.

Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkassen bilanzieren mit 2840,60 Mt., 1317,20 Mt. wurden für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben, 721,97 Mt. an die Hauptkassen eingekandt. Die Lokalfassen hatten eine Einnahme von 990,80 Mt. inkl. Bestand von 280,18 Mt. aus dem Vorjahre. Für das Jahr 1926 verbleibt ein Bestand von 874,87 Mt.

Max D i s n e

Echt mehr Seefische.

Dem „Jahresbericht über die deutsche Fischerei 1924“, herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, entnehmen wir, daß Deutschland 1913 254 Fischdampfer hatte, während es 1924 400 zählte. Diese 400 Dampfer fingen 1924 in der Nordsee und im Nordmeer 185 Millionen Kilogramm Seefische, wovon nur 128 Millionen Kilogramm in deutschen Häfen angebracht wurden, während der Rest völlig in Aberdeen (Schottland) verkauft wurde. Nur ein geringer Prozentsatz ging noch nach Irland. „Für diese Fische“, heißt es im Bericht des Reichsministeriums, „war in deutschen Häfen kein lobender Absatz zu finden.“

Aber auch die 128 Millionen Kilogramm, die in deutschen Häfen angebracht wurden, dienen nicht restlos der Volksernährung, sondern gingen zum Teil noch in die Fischmehlbräute. Außerdem nahm ein Klippfischwert in Wertsumme 13 Millionen Kilogramm auf und das zweite deutsche, kleinere Klippfischwert in Cuxhaven 2½ Millionen Kilogramm. Diese beiden deutschen Werte arbeiten für Uebersee und treffen, besonders auf den südamerikanischen Märkten, auf die Konkurrenz deutscher Fische schätzlicher Produktion. Die nach Aberdeen verkauften Fische finden fast keine andere Verwendung als in der Umverpackung zu Stockfisch.

Der staatliche Fischereidirektor H. Böhner (Hamburg) weist im „Wirtschaftsbericht“ auf diese Erleichterung hin und regt an, in jedem deutschen Fischereihafen ebenfalls Klippfischwerke zu errichten. Durch die Beilegung der Fischdampferbesitzer an solchen Werken könnten diese ihre Rottunge abstellen, was er an der Hand der Entdeckung der isländischen Fischerei nachweist.

Gegen diesen Vorschlag läßt sich nur eins einwenden: Es kommt nicht darauf an, ob die Fische im natürlichen oder getrockneten Zustand ausgeführt werden, sondern es ist anzustreben, daß die Fische sofort den deutschen Konsumenten zugeführt werden.

Ueber den Wert des Seefisches als Nahrungsmittel ist schon häufig von berufenen Leuten geschrieben worden. Erwähnt sei nur, daß Ernährungsphysiologen behaupten, daß die neunstündige Verdauungszeit den doppelten Sättigungswert des Fisches gegenüber dem Rinderbraten beweist. Außerdem wird der Fisch fast völlig verdaut, sein Ernährungswert also ausgeschöpft. Auch gesundheitlich ist der Fisch nur zu empfehlen. Englische namhafte Mediziner behaupten sogar, daß das fast völlige Verhindern der „englischen Krankheit“ auf den stark getragenen Verbrauch an Seefischen zurückzuführen ist. Fast noch wichtiger ist für den Augenblick der Hinweis, daß der Seefisch auch dann noch billiger als Schweinefleisch ist, wenn er durch den Zwischenhandel um 300 bis 400 Proz. des Marktpreises verteuert worden ist, ganz abgesehen davon, daß diese Werte ohne große Mühe stark getarnt oder ganz beiseite gelassen werden kann. Es ist deshalb sehr bedauerlich, daß das völlig unberechtigte Vorurteil gewisser Konsumentenschichten gegen den Seefisch so schwer zu überwinden ist. In England, dessen Arbeiterbevölkerung gemäß besser zu essen gewohnt ist als die deutsche, ist der Seefisch ein wichtiges Nahrungsmittel geworden. Dabei war der Fisch in England durchaus nicht beliebter als bei uns. Nach Major Sleight ließen die Soldaten an Fischtagen den Fisch stehen, doch, „sowie sie dienstreif waren, kochten sie das nächste Bratfischrestaurant.“

Das ist der Punkt: Wie das Vorurteil gegen das Viehfleisch seine Ursache in der falschen Behandlung und Zubereitung hat, so auch das gegen den Seefisch. Aber wir dieses Hindernis in England überwinden wurde, muß es auch in Deutschland gelingen. Wahrscheinlich gibt es in der gesamten Geschichte von Handel und Industrie kein zweites Gewerbe, das einen so beherrschenden und unangenehmen Anfang hatte wie der „Handel mit gebadenem Fisch“, sagt Chatschip in seinem Buch „The fish trader and his trade“. Es ist eine unweibliche Redensart, wenn gesagt wird, der Engländer sei eben ein Fischesser, der Deutsche aber nicht. Chatschip sagt: „Wenn Vorurteile, läche Nachrede und Fäulung überkommen, so wäre der Handel mit gebadenem Fisch seit langem tot, doch hat besser bei der seine Lebensfähigkeit Jahr für Jahr stärker bewiesen.“ Und an einer anderen Stelle heißt es: „Der Durchschnittsverbraucher rümpft jedesmal die Nase, wenn seine bessere Hälfte von Fisch spricht, wofür sie nicht vorzählt, fried fish noch fried fish shop zu holen, und das kommt ihm niemals unlegen.“ Also auch in England hat sich der Seefisch erst im langen Kampf durchgesetzt. Seine mächtigste Waffe war — ein Ofen.

Selbst die sparame Hausfrau hat meistens wegen des entsetzlichen Geruchs gegen das Fischbraten eine gewisse Abneigung. In den wenigen Zöleten, die sich früher als Fischfischhändler usw. ausübten, hatte der Gast diesen unangenehmen Geruch trotz Lüftung mit in den Kauf zu nehmen. In den modernsten Fischbratereien fällt dank der neuesten Ofen und der Zubereitung der Fische diese Unannehmlichkeit weg, so daß sogar Hotels Fischbratereien aufweisen. Die Herstellung von 1000 Portionen gebadenem Fisches ist geruchlos als die eines einzigen Beifisches. Es muß Spezialisten überlassen bleiben, die Vorteile der neuen Zubereitungsweise eingehend zu schildern. Erwähnt sei nur, daß die Fischstücke in lebendes Öl, monatlich aus Fett vollständig eingetaucht werden. Das hat nach Prof. Kühner den besten Einfluß auf das Fischfleisch. Dr. Robert Dohrn, ruhm den Fischen nach, daß dadurch die der Kalorienwert bei Scheffelschiff von 88 auf 210, bei Seefische von 89 auf 210 steigt. Die neue Zubereitung hat dazu geführt, daß etwa ein Drittel des riesigen englischen Fischfangs von 1,8 Milliarden Pfund in den „Friedfish-shops“ verarbeitet werden. Mindestens 25 000 Betriebe (in London gibt es rund 2000) haben 500 Millionen Pfund Fisch, 1 Milliarde Pfund Kartoffeln und 100 Millionen Pfund Del und Fett im Werte von über 650 Millionen Pfund wert verarbeitet. Eine solche Entwicklung dürfte in Deutschland vorerst kaum zu hoffen sein, weil das andersgerichtete Familienleben den in England sehr starken Verkauf über die Straße einbrachten wird. In England steht man in dieser Entwicklung aber erst den Anfang. Es gibt dort Dörfer und kleine Städte, die an diesem Segen teilhaben, ohne eine Fischbraterei im Ort zu haben. Schnell Spezialautos vorführen diese Orte mindestens

zwei- bis dreimal in der Woche mit fried fish and chippes potatoes.

Was haben wir in Deutschland dem entgegenzusetzen. Der Zeitschrift „Der Fischmarkt“ entnehmen wir, daß die Siemens-Schuckert-Werke Fischbratereien aufstellen wollten, und die Belegschaft mindestens einmal in der Woche Seefische auf den Tisch bekommt. Noch einige wenige Werke sind diesen Weg gegangen. Es wäre im Interesse der Volksernährung zu begrüßen, wenn die großen industriellen Werke, die Kantinen unterhalten, diesem Beispiel folgten. Der Abneigung gegen die Fischbratung könnte auch zum Teil der Boden entgegen werden, wenn die Konsumenten sehen, wie die Fische zubereitet werden. Die fachliche Sauberkeit hat den privaten Fischbratereien, die in wenigen deutschen Städten bestehen, einen großen Zulauf gebracht und den Inhabern zweifellos namhafte Gewinne.

Was uns aber vor allem bewegt, die Aufmerksamkeit auf die Fischbratereien zu lenken, ist das fürchterliche Winterelend unserer Armen und Erwerbslosen. Ganz abgesehen, daß man in städtischen und ländlichen Anstalten solche Ofen aufstellen sollte, ist es heute Pflicht aller Verantwortlichen, sich zu fragen, ob es nicht mehr Mittel und andere Wege als die bisher üblichen gibt, das Elend der minderbemittelten Bevölkerung zu lindern. Keine Bemerkung sollte jögern, zur Bekämpfung der Not einige Fischbratereien anzustellen. Die Preise der Ofen schwanken zwischen 200 und 1200 Mk. Wir wollen keine Reklame für Privatfirmen machen und verweisen Interessenten an die Zeitschrift „Der Fischmarkt“, Cuxhaven, Catharinenstraße 24, oder an die „Fischmarkt Cuxhaven G. m. b. H.“, vorm. Staatliche Fischereispektion. Damit nicht die neue Sache durch Unkenntnis gleich wieder in Vergessenheit kommt, wäre die Anforderung von Lehrpersonal auf wenige Tage empfehlenswert.

Die Kosten für die Unterhaltung werden nicht allzu hoch. Der Seefisch wird durch die Ausschaltung des Zwischenhandels ein billiges und nahrhaftes Gericht. Im zentralen Hamburg verkauft eine auf den Erwerb eingestellte Küche eine sehr gut sättigende Portion Fische mit Kartoffeln für 50 bis 75 Pfennig. Eine Stadtgemeinde könnte, durch direkten Bezug begünstigt, die Preise bedeutend niedriger halten oder aber an besonders hart getroffene Arme umsonst abgeben.

Wir betonen aber, daß die Aufstellung von Fischbratereien nicht nur eine gute Abwehraktion gegen den Hunger ist, sondern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. England hat bei 45 Millionen Einwohner 3500 Fischereidampfer laufen, die 1600 Millionen Pfund Fische fangen, die im Land bleiben. Deutschland kann bei seinen 63 Millionen Einwohnern nicht die 165 Millionen Pfund Seefische unterbringen, die ihm heute 400 Dampfer fangen. Diese Gegenüberstellung sagt, was der deutschen Volkswirtschaft und den Arbeitern jährlich verlorengeht.

Dehalb: Acht mehr Seefische. Und so.

*) Man fordere „Die Fischbraterei“ von Cornelius Schmidt, Cuxhaven, herausgegeben von der Fischmarkt Cuxhaven G. m. b. H.

Rundschau.

Die Gewerkschaften fordern Lehrstühle für Arbeitsrecht. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring haben folgende Eingabe an die zuständigen Ministerien des Reiches und der Länder gerichtet:

Der gegenwärtig bestehende Zustand der arbeitsrechtlichen Ausbildung an den deutschen Universitäten ist unzureichend geworden. Durch die umfangreiche gesetzliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes, der Arbeitsverwaltung, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge ist das Arbeitsrecht zu einem sehr erheblich selbständigen Rechtsgebiete erwachsen. Die Vertiefung der arbeitsrechtlichen Forschung und die völlig veränderte Stellung der Arbeitsträger im Rahmen des sozialen Ganzen haben ferner das Arbeitsrecht zu einer selbständigen Disziplin gemacht, die entsprechend der sozialen Struktur in ständiger Entwicklung begriffen ist. Demgegenüber steht die Tatsache, daß mit verschwindender Ausnahme an den deutschen Universitäten keine Einrichtungen vorhanden sind, die den zukünftigen Praktikern des Arbeitsrechts ihren Beruf ermöglichen. Weder der künftige Richter, noch der in der Arbeitsverwaltung oder in der Sozialversicherung tätige Beamte, noch die aus den Kreisen der Arbeitsträger zulässig mit diesen Gebieten zu beauftragten Personen können gegenwärtig an den deutschen Universitäten die Ausbildung finden, die der Bedeutung und Eigenart des Arbeitsrechts entspricht.

Erforderlich ist, daß an den hierfür geeigneten großen Universitäten eigene Lehrstühle für das Arbeitsrecht und seine Nebendisziplinen errichtet werden, die mit ordentlichen Professuren zu besetzen sind, und daß überall arbeitsrechtliche Seminare der Übung in dem erworbenen Wissen dienen.

Die Spitzenorganisationen stellen das dringende Ersuchen, zum mindesten an folgenden Universitäten entsprechende Professuren für das Arbeitsrecht und seine Hilfsdisziplinen zu errichten. Für die ordentliche Professur werden vorgeschlagen die Universitäten Breslau, Halle, Königsberg, Köln, Münster, Frankfurt a. M., München, Leipzig, Tübingen, Heidelberg und Göttingen. Zum Schluß der Eingabe wird um Antwort ersucht, welche Stellung die Regierungen zu den Vorschlägen einnehmen und wann auf die Bewirkung dieser Vorschläge zu rechnen ist.

Eine interessante Gerichtsentcheidung. Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Vorschlag zur Förderung des Preisbaues, der den Innungen und Handwerksorganisationen verbietet, Richtpreise festzusetzen, hat in den Kreisen des Handwerks starken Widerstand hervor-

gerufen. In diesem Zusammenhang gewinnt eine Gerichtsentcheidung atavistische Bedeutung, in der die Frage geprüft wurde, ob die Innungen berechtigt sind, die öffentliche Unterbietung der von ihnen festgelegten Richtpreise zu unterlagen und zu bestrafen. Wie in der Nr. 1 der neuen Mitteilungen der Landespreisprüfstelle für den Freistaat Preußen mitgeteilt wird, lag der Angelegenheit Sachverhalt zugrunde: Zwei Schuhmacher in Essen hatten durch Schaufensterausangabe Höchstpreise bekanntgegeben, die etwa 34 bis 35 Proz. unter den Richtpreisen der Schuhmachervereinigung lagen. Die beiden Richter erließen von der Innung die schriftliche Aufforderung, die Preislisten unverzüglich aus dem Schaufenster zu entfernen. Unter Stellung eines dreitägigen Ultimatums wurde eine Strafe von 1000 Mk. bei Zuwiderhandlung gegen die Verfügung und darüber hinaus für jeden weiteren Tag des Ausbleibens die gleiche Strafe ausgedroht. Die Richter kamen zwar der Aufforderung nach, brachten aber an Stelle der entfernten Preislisten das Schreiben der Innung mit dem Hinweis an, daß die Preise im Geschäftsräum zu erfahren seien. Nun forderte die Innung sie auf, unverzüglich das Schreiben mit dem Zusatz zu entfernen. Die Angelegenheit wurde dem Vorgesetzten der Innung die Aufforderung zum Leistungsmacher. Während das Amtsgericht Essen die angeklagten Innungsmeister freisprach, kam die 4. Strafkammer des Landgerichts zur Beurteilung zu einer der tatsächlichen Geldstrafe. Das Gericht vertrat die Auffassung, daß unter der allgemeinen Verurteilung und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes sämtliche - ahnen, also auch das Schuhmacherverband, sich eher mit weniger als mit mehr Verdienst begnügen müsse. Dem Einwand, daß die Innung durch ihr Vorgehen nicht eine Heraussetzung der Preise erzwänge, sondern marktpreiserhöhende und unlautere Reklame unterbinden wolle, folgte die Strafkammer nicht. Die von den beklagten Innungsvertretern eingeleitete Revision wurde vom Oberlandesgericht Hamm zurückgewiesen.

Vom Internationalen Arbeitsamt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts beschloß in seiner Sitzung am Sonnabend, den 30. Januar, nach einer langen Diskussion mit 13 gegen 10 Stimmen, in Zukunft keine Beratungen öffentlich abzuhalten, mit der Einschränkung, daß in besonderen Fällen, sei es auf Antrag eines Regierungsvertreters oder eines Mitgliedes der Arbeitnehmer- oder Arbeitgebergruppe, wie bisher geheim gehalten wird. Die Arbeitnehmer sind geschlossen und entscheiden für die Öffentlichkeit der Beratungen einzutreten, während die Arbeitgebergruppe mit allerlei Einwendungen und Vorbehaltungen den gegenläufigen Standpunkt einnehmen. Die Regierungsvertreter, aus deren Reihe der Vermittlungsantrag kam, hoben sich bei der Abstimmung zu zwei Dritteln für die Öffentlichkeit entschieden. Der deutsche Regierungsvertreter soll allerdings dagegen gestimmt haben.

Ferner beschloß der Verwaltungsrat auf Antrag der Arbeitgebergruppe, vom internationalen Gerichtshof ein Gutachten eingeholen über die Verfassungsmäßigkeit des von der letzten Arbeiterversammlung angenommenen Beschlusses über das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien. Entschieden werden soll die Frage, ob die Arbeiterversammlung auch zuständig ist für die Regelung der Arbeitszeit.

Bücherschau.

Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für die Arbeit in Stadt- und Gemeindeabteilungen. Preis monatlich 90 Pf.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 7. bis 13. März ist der 10. Beitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung zur Sicherung der Kampfkraft des Verbandes und der Anwartschaft auf die Unterstützungseinrichtungen.

Achtung! Alle Ortsverwaltungen, die die Monatskarte noch nicht eingelebt haben, werden dringend ersucht, das umgehend zu tun, damit die Erfüllung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit möglichst vollständig erfolgen kann.

Berlin, Sonnabend, den 13. März, in den Gelände des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, Lang, Anfang 8 Uhr. Eintritt einisch. Steuer 1,20 Mk. Mitwirkende: Viktor Müller, Peter Waldau. Eintrittskarten sind zu haben im Bureau Engelauer und bei den Bezirksvereinsleitungen.

Berlin (Lehrlingsabteilung). Montag, den 6. März, Lehrlingsversammlung mit Vortrag im Gewerkschaftspark, Saal 2.

Auf eine 25jährige und längere Mitgliedschaft im Verband können zurückblicken:

Berlin: Robert Blisch, Portefeinler. Wiesbaden: Frieb. Neel, 27 Jahre, Tapezierer; Johann Dietmann, 26 Jahre, Tapezierer; Karl Dieb, 25 Jahre, Tapezierer; Josef Müller, 25 Jahre, Tapezierer; Aug. Werner, 25 Jahre, Sattler.

Sterbefälle.

Berlin, Am 14. Februar starb Kollege Paul Galleri, Tapezierer, 30 Jahre alt. — Am 18. Februar starb Kollege Hermann Schulz, Sattler, 65 Jahre alt. München, Am 4. Februar starb Kollege Franz Kobi, Tapezierer, 41 Jahre alt. Ihre Iherm Linden!